

Autor: Uwe Lueb  
Gesprächspartner: Andrea Nahles, (SPD) Bundesministerin für Arbeit und Soziales  
Redaktion: Stephan Ueberbach SWR Studio Berlin  
Sendung: Samstag, 12.08.2017, 18.30 – 18.40 Uhr, SWR2

SWR Interview der Woche vom 12.08.2017

SWR: Frau Nahles, fast 42 Prozent des Bundeshaushaltes entfallen auf Ihr Ministerium. Und zwar rund 140 von 330 Milliarden Euro. Sind Sie damit die wichtigste Ministerin in der Bundesregierung?

A.N.: Nein, aber die teuerste - würde der Finanzminister jetzt sagen. Da gehen alleine 86 Milliarden pro Jahr für die Rente, dann 30 Milliarden ca. für die Bundesagentur für Arbeit und ihre Aktivitäten. Da sehen Sie, dass das Geld dann schon sehr schnell sinnvoll weitergeleitet wird, da, wo es wirklich auch gebraucht wird, wo wir wichtige soziale Leistungen unseres Staates mitfinanzieren.

SWR: Wir stehen wenige Wochen vor der Bundestagswahl. Wie fällt vielleicht, stichwortartig, Ihre Bilanz der vergangenen vier Jahre aus?

A.N.: Also, ich konnte unheimlich viel von dem Umsetzen, was die SPD auch im Koalitionsvertrag für Essentials erklärt hat, die sie umsetzen will. Ich denke zum Beispiel an den Mindestlohn, die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren. Ich denke an die Kollegen mit Frauenquote, Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende verbessert, Mietpreisbremse durchgesetzt, da gibt es Vieles. Ich glaube, das war eine sehr produktive Koalition, wo auch die SPD-Minister sehr stark die Treiber und Motoren waren.

SWR: Im Diesel-Skandal gibt es immer neue Details. Fahrverbote sind nicht endgültig abgewendet. Letzte Woche gab es einen Diesel-Gipfel mit unterschiedlich bewertetem Ausgang. Sorgen Sie sich denn als Arbeitsministerin tatsächlich an dieser Stelle um die Jobs in der Automobilindustrie und bei den Zulieferern?

A.N.: Zunächst einmal Sorge ich mich darum, dass Menschen gesundheitliche Nachteile davon haben, wenn wir das nicht anpacken und lösen. Das ist die erste Sorge, die ich habe. Die zweite Sorge ist natürlich, dass durch Manager-Versagen, die dafür auch noch viel Geld bekommen haben, jetzt möglicherweise Jobs in Deutschland gefährdet sind, das freut mich nicht. Wer jetzt Milliarden für Entschädigung oder Umrüstung zahlen muss, mit Verlaub, der kann das Geld nicht in die Elektromobilität investieren. Das wäre aber das Wichtigste, um die Arbeitsplätze in der deutschen Automobilindustrie auch für die Zukunft zu sichern. Ich habe also ziemlichen Brass, wie man bei uns in der Eifel sagt, wenn ich darüber nachdenke, was da auch wirklich für Fehler gemacht wurden. Aber ich sage auch, wir sollten Fahrverbote vermeiden, indem wir jetzt umsteuern und umrüsten. Weil Fahrverbote sind für die meisten Leute; die pendeln - und 60 Prozent der deutschen Arbeitnehmer pendeln, grade auch in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg - die hören so was ungern: Und nicht jeder kann sich ein neues Auto leisten. Deswegen müssen wir gucken, dass die Automobilindustrie jetzt ihre Verantwortung übernimmt.

SWR: Die Arbeitslosenquote in Deutschland ist zwar niedrig im Vergleich zu früheren Jahren, aber immer noch waren es im Juli gut 2,5 Millionen, und das trotz der anhaltend guten Wirtschaftslage. Wenn man nun diejenigen noch mitzählt, die in Fördermaßnahmen der Arbeitsagenturen und Jobcenter sind, kommen wir eher auf 3,5 Millionen. Damit können Sie doch eigentlich gar nicht zufrieden sein, oder?

A.N.: Ich freue mich, dass wir eine sehr gute Lage haben: 1,1 Millionen offene, nicht besetzte Stellen. Aber es ist tatsächlich so, dass wir sehr intensiv dafür sorgen sollten, dass es weniger wird. Was insbesondere verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit angeht, bin ich unzufrieden. Wir haben ein Programm aufgelegt, was einen kleinen öffentlichen Beschäftigungssektor darstellt, nennt sich „soziale Teilhabe“, wo Arbeit in den Kommunen entsteht für Leute, die viele viele Jahre keine Arbeit mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden haben. Das Programm hat jetzt 20.000 Plätze. Ich könnte aber locker 200.000 gebrauchen. Und deswegen kämpfe ich einfach für mehr Mittel, um Leute, die wirklich seit Jahren außen vor sind, die es sehr schwer haben, aber trotzdem ja eine sinnvolle Aufgabe wollen, dass wir die auch wirklich in Arbeit integrieren. Und eine zweite Gruppe sind die Alleinerziehenden. Wir haben die mal gefragt: was wollt Ihr denn werden? Viele wollen sogar Pflege machen und in den Einzelhandel. Gucken Sie sich mal die Arbeitszeiten in den Branchen an. Vergleichen Sie das mit den Kinderbetreuungsmöglichkeiten in der Kita und in der Grundschule und dann wissen Sie auch, warum viele Alleinerziehende, obwohl sie wollen, gar nicht arbeiten können. Da fehlt es dann auch an flexiblen Öffnungszeiten in den Betreuungseinrichtungen. Also nur um mal zwei Gruppen herauszugreifen, die besonders hohe Quoten von Arbeitslosigkeit an den Tag legen und wo wir mehr tun müssen, als wir bisher getan haben.

SWR: Ihr Kanzlerkandidat Schulz spricht vom 'Bündnis für anständige Löhne'. Wann bekommen Pflegerinnen und Pfleger zum Beispiel mehr Geld?

A.N.: In Deutschland wird das Gehalt ja nicht per Staat dekretiert. Selbst der Mindestlohn ist Gott sei Dank jetzt in den Händen einer Mindestlohnkommission, die besetzt ist von Arbeitgeber und Arbeitnehmern, wie eine normale Tarifrunde auch. Und die machen der Politik dann einen Vorschlag, den wir nur noch nachvollziehen. Also können wir nicht einfach sagen, wir greifen da jetzt in die Speichen. Was ich aber gemacht habe: ich habe alle betroffenen Branchen eingeladen, um einen Pakt für anständige Löhne zu schmieden. Meiner Meinung nach brauchen wir grade in der Pflege sowas wie ein 'Tarifvertrag Soziales'. Das ist bisher nicht möglich, weil die Kirchen ja ein eigenes Recht noch haben. Wir müssen das aber, wenn wir den Lohndumping-Wettlauf in der Pflege beenden wollen, auch die Kirchen mit über 1,7 Millionen Beschäftigten dazu nehmen. Und da werde ich jetzt einen speziellen Dialog machen, mit diesen Branchen, mit den Akteuren. Ich kann nur Geburtshelfer sein, aber da auch nur mit einem ganz leichten Druck will ich das tun, weil die Arbeit von Mensch zu Mensch wird in Deutschland wirklich chronisch schlecht bezahlt, auch im Vergleich zu anderen Ländern. Und das muss sich ändern. Dass der Mindestlohn kein guter Lohn ist, das möchte ich hier sagen. Ich bin froh, dass es gelungen ist, ihn umzusetzen. Aber es ist kein guter Lohn. Ich gebe mich damit nicht zufrieden. Wenn man sein Leben lang nur einen Mindestlohn bekommt, dann kann man keine gute Rente am Ende haben, so viel steht fest.

SWR: Es gibt Forderungen den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zu senken, von derzeit 3 Prozent auf 2,7 oder sogar darunter. Was haben Sie dagegen?

A.N.: Wir haben einen historischen Tiefststand bei den Arbeitslosenbeiträgen. Und ich bin auch dagegen, zurzeit die Beiträge zu senken. Ich will Ihnen das auch kurz erklären: Wir hatten, als die Krise kam, mit „Lehman Brothers“, die ganzen Finanzmärkte, das dazu führte, dass am Ende auch die reale Arbeitswelt durchgerüttelt wurde, 18 Milliarden Euro Rücklagen bei der Bundesagentur. Und die waren innerhalb von einem Jahr aufgebraucht, weil plötzlich viele in Kurzarbeit gehen mussten. Und dann haben wir intelligenterweise die Leute in der Kurzarbeit auch qualifiziert. Jetzt haben wir 11,5 Milliarden

Rücklagen. Daran können Sie sehen, es wäre besser, wir hätten ein etwas dickeres Polster. Und wenn wir das haben, dann kann man mit mir auch irgendwann vielleicht mal darüber reden, aber so weit sind wir nicht. Ich halte da nichts von, jetzt „Schnellschüsse“ zu machen. Lieber noch ein bisschen Polster ansparen und dann gucken.

SWR: Das SWR Interview der Woche mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles. Frau Nahles, was machen Sie ab Herbst beruflich?

A.N.: Ich hoffe, ich bin Arbeitsministerin.

SWR: In welcher Koalition?

A.N.: Das werden wir sehen. Am liebsten natürlich unter dem Kanzler Martin Schulz.

SWR: Die SPD hat relativ viel durchgesetzt in der Großen Koalition, hat Gerechtigkeit nun zum Wahlkampf-Motto gemacht, will damit auch Menschen ansprechen, denen es eigentlich materiell ziemlich gut geht, die sich selbst also gar nicht so ungerecht behandelt fühlen. Dennoch, in Umfragen sackt Ihre Partei nach und nach weiter ab und nähert sich sogar wieder der 20-Prozent Marke. Was macht die SPD denn falsch?

A.N.: Also ich denke, wir müssen eine Schippe oben drauf legen, was auch die Kommunikation angeht. Ich merke immer, ich war jetzt ganz viel unterwegs die letzten zwei Wochen, dass vieles von dem, was wir gemacht haben einerseits, aber was wir vor allem für die Zukunft wollen, denn man wird für die Zukunft gewählt, nicht für die Bilanz, dass das überhaupt noch nicht in den Köpfen der Leute ist. Ich glaube, wir haben da noch eine große Chance. Wir müssen allerdings kämpfen, kämpfen, kämpfen, überzeugen, überzeugen, überzeugen. Und insoweit ist es eine nicht kleine Aufgabe, die vor uns liegt, aber eine, die man anpacken muss. Ich bin jedenfalls munter, denn ich merke, wenn ich den Leuten das darlege, dann ist der Zuspruch zu unserer Politik sehr groß. Ich würde mir wünschen, wir hätten jetzt ein paar Prozent mehr um in den Schlussspurt reinzugehen. Haben wir nicht. Aber wir haben Anfang des Jahres gezeigt, wie schnell es auch in die andere Richtung wieder gehen kann.

SWR: Martin Schulz redet schon über's Verlieren. Auch wenn er die Wahl nicht gewinnt, sagt er, möchte er Parteivorsitzender bleiben. Soll er?

A.N.: Die Unterstützung für Martin Schulz ist sehr groß und er kann sich da auch drauf verlassen. Ich denke aber, wir sollten uns jetzt auf den Wahlkampf konzentrieren, aufs Kämpfen.

SWR: Sagen Sie ihm das auch? Denn das ist ja von ihm gekommen, diese Ansage, mitten im Wahlkampf, 'auch wenn ich verliere, möchte ich Parteivorsitzender bleiben'.

A.N.: Also ich rede nicht über's Verlieren und das werde ich ihm auch sagen. Das ist wahrscheinlich, wissen Sie, wie das so ist, da wird man gefragt und dann sagt man mal was. Ich denke, ich sehe ihn ja nun oft genug und rede auch mit ihm oft genug, dass er sehr entschlossen ist und er macht eine große Tour auch durch Deutschland. Wie gesagt, die Partei steht geschlossen hinter ihm, darauf kann er sich verlassen.

SWR: Nehmen wir mal an, Martin Schulz wird nicht Kanzler, fährt möglicherweise ein schlechtes Ergebnis ein. Treten Sie dann an für die SPD 2021 als Kanzlerkandidatin?

A.N.: Also über so was denke ich nicht mal nach.